

Gertrud Bäumer hat im Auftrag des Reichsinnenministeriums über den Bedarf an Akademikern Erhebungen angefertigt mit dem folgenden Ergebnis: In der Landwirtschaft ist er sehr gering; in Handel und Industrie, soweit vorwiegend kaufmännische Tätigkeiten in Betracht kommen, beschäftigt man etwa 20.000 Personen mit Hochschulbildung. Den Vorrangteil beansprucht der technische Betrieb der Wirtschaft mit ungefähr 122.000 angestellten Ingenieuren und Architekten, von denen aber viele Nichtakademiker sind, und mit rund 11.000 Chemikern. Nirgends herrscht in diesen wichtigsten Berufsgruppen ein Mangel, und auch die freien Berufe klagen längst über die Ueberfüllung in ihren Reihen. Die Ärzte berechnen, daß für 10.000 Einwohner 7 Mediziner notwendig sind, und dieser Bedarf ist bereits reichlich gedeckt; 1934 werden es statt 7 schon 8,20 sein. Noch schlimmer ist es bei den selbständigen Juristen. 1929 entfiel auf 4000 Einwohner ein Rechtsanwält, in absehbarer Zeit wird schon auf 2000 einer entfallen. So viel prozessieren kann man gar nicht! Und was die Philologen betrifft, so rechnet man allein in Preußen 1930 mit einem Ueberangebot von rund 5000 Kandidaten.

Das sind die brutalen Tatsachen. Sie sprechen von einer lawinenhaft anschwellenden akademischen Inflation. Und Inflation — das wissen wir — bedeutet Entwertung. In diesem Falle sinkende Wertung der akademischen Bildung und geringere Entlohnung nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, für diejenigen, die das Ziel erreichen. Noch viel schlimmer aber ist das Los der anderen, die nach jahrelangen Bemühungen und nach Aufwendung hoher Kosten alle Türen verschlossen finden, die sich dann mit untergeordneten Stellen abfinden müssen und ewig unzufrieden bleiben oder gar der Arbeitslosigkeit verfallen. Sie ist für Akademiker fast noch schlimmer als für Arbeiter, die nur vorübergehend von einem Konjunkturrückgang aus dem Arbeitsprozess geworfen worden sind. Schon jetzt erscheinen heilloslose Akademiker bei den Arbeitgebern, die sich zu jeder Beschäftigung und zu jedem Preis bereit erklären und ihre Vorbildung verschwiegen wissen wollen, weil sie fürchten, daß ihnen der Arbeitgeber eben aus Mitleid darauf keine manuelle Arbeit zumuten würde. Wie soll das erst in Zukunft werden? Es ist ein gefährliches soziales Problem, das mit der Masse des akademischen Proletariats heranwächst.

Viele Vorschläge zur Abhilfe sind schon gemacht worden. Die meisten legen bei den höheren Schulen ein, die das Gitter zur Unvergleichlichkeit enger machen und die für das Studium nicht Benötigten rechtzeitig in praktische Berufe überführen sollen, auch im Hinblick auf die Bedürfnisse der Hochschule, deren Niveau unter dem Andrang allzu vieler mittelmäßiger Bewerber so gedrückt wird, daß sie aus einer universitären Literatur zu einer höheren Fachschule zu werden droht. Aber alle diese Maßnahmen stoßen auf starken Widerstand, sie werden vielfach abgemittelt durch allerlei Rücksichten, und sie brauchen vor allem Zeit zur Auswirkung. Darum fällt die

last der Verantwortung für seine Zukunft jedem einzelnen an, der jetzt vor der Entscheidung steht, ob er das Risiko des Hochschulstudiums auf sich nehmen darf oder ob er unter Verdrängung liebgehabener Wünsche sich mit dem Erreichbaren begnügt und gleich den Sprung ins Berufsleben wagen soll. Für diese Ueberlegung gibt Ministerialdirektor Dr. Woelfel in dem angeführten Aufsatz die folgenden ausgezeichneten Richtlinien sowohl für die Eltern wie für die jungen Leute, die vor der schweren Wahl stehen: „Bei den Eltern muß sich die Ueberzeugung durchsetzen, daß sie ihrem Kinde und seiner Zukunft am besten dienen, wenn sie für die Berufswahl seine Begabung und Neigung ausschlaggebend sein lassen. In allen Berufsbahnen ist das Vorkommen heute so unvorhersehbar, daß jede Berechnung trügerisch sein kann. Der einzelne wird dort am besten vorwärtskommen, wo er die in ihm liegenden Fähigkeiten am besten auswerten kann. Wir müssen uns bei der Berufswahl mit unserer Kinder von allen überliefernten gesellschaftlichen Vorurteilen freimachen. Nur die Leistung gibt dem Manne und der Frau den Wert,

gleichviel in welchem Berufe sie vollbracht wird. Wir müssen abkommen von der Ueberwertung der akademischen Berufe, sonst könnten sie in einem Maße entwertet werden, das unserer Kultur schweren Schaden bringt. Wir müssen uns loslösen von dem Bildungsdünkel, der für unser soziales Leben so verhängnisvoll geworden ist und der meistens nur bei denen zutage tritt, die selbst keine echte Bildung haben. Wir müssen bei der Berufswahl unserer Kinder loskommen von dem Rentnergeist und dem Schielen nach der Pensionsberechtigung, die die Tatkraft, den Wagemut und das Selbstvertrauen unserer Jugend lähmen. Dann werden wir ein freieres, selbstbewußteres und tatentfroheres Geschlecht erziehen, für das der Beruf Lebensinhalt ist und nicht nur ein mehr oder weniger lästiges Mittel zur Geldbeschaffung für das Leben „nach Bürokratie“. Wenn die Berufswahl so erfolgt, dann soll man auch die Ueberfüllung in den einzelnen Berufen nicht fürchten. Wer zum Studium wirklich begabt ist, soll studieren, und wenn die Aussichten noch so schlecht sind. Der Geeignete wird sich durchsetzen.“

Die Orientoffensive der Bolschewisten

Von unserem Korrespondenten in Kairo

Kairo, im März.
In Indien treibt Gandhi, von den gemäßigteren Elementen allmählich verlassen, eine kaum noch verhäult kommunistische Politik. In Nigeria konnte ein offener Aufstand unterdrückt werden. Im französischen Tonkin revoltierten einheimische Garulonen. In Südafrika ist eine große bolschewistische Verschwörung entdeckt worden. In Palästina geben die nationalarabischen Führer offen zu, in Verbindung mit Moskau zu stehen.

Überall im Orient breitet sich die kommunistische Bewegung mächtig aus.

Die Sowjetregierung kann mit ihren Emisaren im Orient zufrieden sein, die den richtigen psychologischen Moment erfaßten, um die Freundschaft und das Vertrauen der Orientvölker zu gewinnen. Die Großmächte — und allen voran das in Kolonialfragen scheinbar so geschickte England — haben es bisher verstanden,

jede günstige Gelegenheit zu einer Versöhnung mit dem Orient zu verpassen.

Der letzte Aufruf des indischen Vizekönigs hätte vor einigen Jahren die Loyalitätsgeföhle der indischen Völker für Jahr-

zehnte befestigt. Jetzt wird er nur als Zeichen der Schwäche gewertet. Die Vorschläge Hendersons aus Kairo kommen wahrscheinlich ebenfalls zu spät, trotzdem sie die Erfüllung der gewagten Träume Jagluls bedeuten. Weil man in Europa das rasche Entwicklungstempo des Orients nicht begreifen kann, sind

die europäischen Zugkänndnisse immer durch die Ereignisse überholt.

Diese Lage, die eine dauernde Unzufriedenheit der Orientvölker zur Folge hat, nutzen nun die Bolschewisten aus, um überhaupt die Unmöglichkeit einer Verständigung mit Europa zu beweisen und die Notwendigkeit einer gemeinsam anti-imperialistischen Front zu predigen. Moskaus Argumente hatten Erfolg auch bei solchen Führern der nationalen Bewegung, die wie zum Beispiel El Dufeln in Palästina, den Kommunismus grundsätzlich ablehnen und ihn nur als Mittel zum Zweck betrachten. Die Nationalisten des Orients hoffen, daß eine vorübergehende bolschewistische Injektion ihnen zur vollständigen Unabhängigkeit verhelfen wird, und sie denken dabei an das

Beispiel Chinas oder der Türkei,

die mit Unterstützung der Sowjetregierung ihre Freiheit erkämpften, um später gegen die Kommunisten im eigenen Lande einen unbarmherzigen Krieg zu führen. Aber sie vergessen dabei, daß auch die Bolschewisten vom chinesischen und türkischen Beispiel gelernt haben und sich nicht mehr mit einer bloßen Unterstützung der antientenlichen oder antisozialistischen Bewegung begnügen, sondern auch innerpolitisch festen Fuß im „befreundeten Lande“ zu fassen versuchen. So erklärt sich

die Besetzungspolitik der Kommunisten im Lager Gandhi,

obwohl Moskau offiziell den indischen Führer als den Chef eines „verbündeten Staates“ betrachtet. Und so erklärt sich die Tataische, daß die bolschewistischen Emisare die arabische Front in Palästina dadurch unterwühlen, daß sie dauernd die Felleiden gegen die Effendis ausbeuten, die doch die Führer der von Moskau so liebevoll behandelten national-arabischen Bewegung sind.

Nirgends äußert sich die

neue bolschewistische Taktik

so deutlich wie in Indien. Immer mehr verliert hier Gandhi die Kontrolle über seine eigene Armee. Er ist schon in die gefährliche Lage gekommen, bedeutende Zugkänndnisse in allen Fragen der Parteipolitik — so z. B. in der Angelegenheit des Ultimatums an den Vizekönig — seinen radikalere Ratgebern machen zu müssen. Hinter seiner nationalen Fassade haben die Kommunisten eine mächtige Organisation geschaffen, welche die bürgerlichen Kreise mit wachsender Sorge erfüllt. Die kommunistischen Zellen beherrschen jetzt das politische und geistige Leben des Landes. Es gibt Zellen, die sich ausschließlich mit dem äußerlich harmlosen Problem der Agrarreform befassen, in Wirklichkeit aber eine

intensive Propaganda unter der Landbevölkerung gegen

die indischen Fürsten

und Großgrundbesitzer treiben. Andere Zellen beschäftigen sich mit dem wissenschaftlichen Thema „Kommunismus als Weltanschauung“. Andere wiederum — die sogenannten „politischen Zellen“ — sollen nach Abzug der englischen Truppen die exekutive Ordisgewalt übernehmen. Als Aufwiegler fungieren hauptsächlich junge Indier, die in Europa studieren und dort von der bolschewistischen Propaganda erfaßt werden. Bei manchen verhafteten Studenten fand man

beträchtliche Geldbeträge bolschewistischer Herkunft.

Die letzten Anschläge sind von einer terroristischen Organisation der kommunistischen Studenten ausgeführt worden.

Besonders stark ist die lokale Polizei der bolschewistischen Propaganda ausgehebt. Manche Polizeistationen mußten für eine längere Zeit in ihren Kasernen hollert werden. Aber auch die britischen Truppen bleiben nicht verschont und werden von einer revolutionären Literatur in englischer Sprache überschwemmt.

Wie in Indien, so auch in anderen Orientländern — und

in den afrikanischen Besitztungen,

Kommunistische Zellen, die überall gebildet werden, sollen die nationale Bewegung ins kommunistische Fahrwasser überleiten und die Tätigkeit der Nationalistenführer überwachen, die übrigens ihre Verbindung mit Moskau nicht leugnen. So zum Beispiel erklärte ein arabischer Führer in Palästina — ein Neffe des Großmufti von Jerusalem! —: „Wir haben das Recht, uns dort einen Bundesgenossen zu suchen, wo es uns paßt.“ Und er beruft sich auf das Beispiel Englands, wo es auch formell seine Beziehungen zu Moskau zu rechtfertigen: „Daher nicht England selbst die Sowjetregierung anerkannt und den bolschewistischen Bolschafier in London als den offiziellen Vertreter des russischen Staates empfangen?“ Diesen Hinweis auf die Befehle normaler diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten kann man von fast allen Orientführern als einen wichtigen Punkt ihrer Beweisführung hören.

Manche europäische Politiker im Orient, die gern theoretische Finessen analysieren, behaupten, die ganze Aktion sei nur ein

Ablenkungsmanöver der Bolschewisten,

eine Entlastungsoperation für die neuen Vorbereitungen im Westen. Praktisch ist diese an sich vielleicht richtige Feststellung von Bedeutung. Denn eine Entlastungsoperation kann leicht mit dem wachsenden Erfolg sich in einen Hauptangriff umwandeln und dann vor allem: die bolschewistische Arbeit im Orient hat in den letzten vier bis fünf Jahren so große Fortschritte gemacht, daß sie jetzt auch ohne Moskau von den enttäuschten Nationalbolschewisten der Orientvölker weitergeführt werden kann.

Bei Herzleiden und Ueberverkaltung, Neigung zu Gehirn-

blutungen und Schlaganfällen führt das natürliche „Franz-Josef“-Bitterwasser leichtem Stuhlgang ohne Anstrengung, wissenschaftliche Beobachtungen in den Kliniken für Krankheiten der Blutgeföhle haben ergeben, daß das Franz-Josef-Wasser namentlich älteren Leuten sehr erprobte Dienste leistet.

Abchluß der Republikshukdebatte

Der Sinn der Opposition

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. März. Ob Republikshukgesetz oder nicht — die Frage ist seit gestern endgültig entschieden, und auch vorher war im Grunde die Entscheidung nicht zweifelhaft. Die Opposition der Rechten sah sich von vornherein vor einer Koalitionsmauer der Entschlossenheit, die zu überrennen keine Möglichkeit bestand. Deshalb waren alle Reden, die in reichlicher Zahl zu diesem Thema heute, gestern und vorgestern im Reichstagsgebäude gehalten worden sind, mehr an die Wahlerwartung der opponierenden Parteien gerichtet als an die Volksworten, die von Anfang an wuhren, wie sie stimmen würden und wie das Endergebnis sein mußte. Trotzdem ist diese Debatte nicht ohne Wirkungen geblieben. Sie gab der Opposition die Möglichkeit, einmal aus dem Vollen zu schöpfen, einmal wieder das Hauptsächliche, was sie nicht so sehr von dieser Staatsform als von dem Zerfall unseres Systems trennt, auszusprechen. Die Aussprache erhielt alle drei Tage hindurch noch deshalb eine besondere Note, weil einer der führenden Repräsentanten in Deutschland, der Rechtsanwält des Kaiserhauses und deutsche nationale Abgeordnete Everling, einen großen Teil der Debatte bestritt. Sohn eines Reichstagsabgeordneten, durchaus liberaler Färbung, verkündete dieser schmachtige, äußerlich sehr jung aussehende, temperamentvolle Mann

die preukische Königsdece

mit einem Bekenntnis und einer Leidenschaft, die selbst eingeleitet Wegener des monarchischen Gedankens immer wieder das Gefühl der Hochachtung aufwiegelt. Dabei ist sich sicherlich auch Dr. Everling nicht darüber im unklaren, daß die Frage, ob Monarchie oder Republik, heute vollkommen unaktuell ist und schon deshalb unaktuell sein muß, weil ein Volk, das im Jahre der Tribuifron, in der Zwangsjacke beispielloser Friedensverträge ohne Wehr und Waffen, gerettet von Wirtschaft und Finanzkrisen, keine Zeit dazu haben kann, sich auch noch zu aller Problematik diese Fragestellung aufzubürden.

Der nationalsozialistische Abg. Stöhr, der heute ebenfalls das Wort ergriff, legte sich deutlich von den Anschauungen Everlings ab. Es ist ja eine der faktischen Unbegreiflichkeiten unserer patentierten Republikshuker, daß sie geneigt sind, alles, was nur irgendwahr an unseren heutigen Verhältnissen Kritik löst und sich dadurch den besonders unzutreffenden Namen „Reaktion“ zuzuschreiben pflegen, mit dem Verdachte beladen, daß diese Leute im Grunde nichts anderes als die Wiederherstellung früherer Zustände anstreben.

Nachdem die liberalen sozialistischen Vorstellungen bis zum Uebermaß in Erfüllung gegangen sind, liegt die Reaktion bei denjenigen, die nicht einsehen wollen, daß die Hypertrophie der demokratisch-sozialistischen Gedankenwelt energische Widerstände braucht, wenn sie sich nicht allzu schnell überleben soll.

Der tiefere Sinn der naturnotwendigen Spannung zwischen Position und Opposition ist in Deutschland nie recht begriffen worden und am allerwenigsten heute.

Die Schüger der Republik mühten, wenn sie es ehrlich meinten und nicht nur Angst um ihre Machtposition hätten, bei denen stehen, die leidenschaftlich bemüht sind, im Rahmen der nun einmal geschaffenen verfassungsmäßigen Verhältnisse das Optimum republikanischer Möglichkeiten nach innen und außen herauszuholen. Um es auf einen Nenner zu bringen: Die Republik schüht sich in dem Maße selbst, als sie von der Opposition lernt, kritische Wahrheiten an ihre eigenen Auswüchse und Mißstände zu legen. Solange sie dies noch nicht beherzigen hat, wird sie nicht aus den inneren Kriegen herankommen. Aber unsere Volksworten, die heute in der Mehrzahl ins Kochende gereicht sind und deshalb erst am Dienstag die nicht mehr zweifelhafte Abstimmung vornehmen werden. Haben von diesen Zusammenhängen nach wie vor keine Ahnung.

Die 3. Lesung im Reichstag

Berlin, 15. März. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Republikshukgesetzes.

Abg. Gelcke (Komm.) führt aus, das vorliegende Gesetz sei um nichts besser als das alte Sozialistengesetz.

Abg. Dr. Everling (D.N.) wirft der Linken vor, daß sie aus Haß gegen eine Vergangenheit handele, die größer, tüchtiger und sauberer war als die Gegenwart. Bei den anderen

sei Koalitionsgedundenheit und Mangel an Entschluß für ihre Haltung maßgebend. Die aufwachsende Jugend habe für diese feindlichen Methoden kein Verständnis.

Durch solche Gesetze werde die Opposition, wenn es noch keine gab, geschaffen und zusammengeschämert.

Der Redner verlangt die Schaffung klarer Rechtsbegriffe und die Verabfolgung der Strafmaße. Bei dem vorliegenden Gesetz handele es sich um die unehrliche Befestigung eines unehrlichen Systems.

Abg. Stöhr (Natio.) erklärt, das ganze Gesetzgebungs-werk leide an innerer Unwahrscheinlichkeit. Weder der Reichsinnenminister, noch der Reichsjustizminister hätten den Wahrheitsbeweis erbringen können dafür, daß es Kreise gibt, die die Republik stürzen wollen. Für die Führerschaft der Nationalsozialistischen Partei kann ich erklären, daß wir in der Sozialdemokratie der Vorkriegszeit eine gesunde Reaktion gegen den menschenverachtenden Kapitalismus sahen und daß wir auch heute keineswegs Haß gegen die Republik empfinden, sondern nur gegen die Auswüchse des Systems.

Bei den Mitteilungen über nationalsozialistische Ver-segungsversuche in der Reichswehr handelt es sich um die Arbeit eines gewöhnlichen Volkshelds. Wir mußten schon früher wegen ähnlicher Behauptungen den Reichsinnenminister der Lüge und Verleumdung beschuldigen. (Präsident Löbe rüht diese Ausdrücke.) Erfüllen Sie diesen Staat mit vernünftigen Inhalt, dann werden seine wertvollen Einrichtungen am besten geschützt sein.

Abg. Stöcker (Komm.) verliest eine längere Erklärung, in der das Republikshukgesetz als eine Schutzmaße für die imperialistischen Mächte bezeichnet wird. Die Kommunisten würden diesem Ausnahmegegesetz zum Trotz die deutsche Sowjetrepublik erkämpfen.

Damit schließt die Aussprache.

Die Abstimmungen werden auf Dienstag verlegt.

Eine Novelle zum Schenk- und Wechselsteuergezet, mit der die mißbräuchliche Vorbatterung von Schenk- verbunden werden soll, wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Ohne Debatte wird auch in zweiter und dritter Beratung ein Gesetz über die Pflicht zum Antrag auf Eröffnung eines Konkurses oder des gerichtlichen Verwaltungsverfahrens angenommen. Damit werden im wesentlichen die Rechtsverhältnisse der Vorkriegszeit beim Konkursverfahren wiederhergestellt. Um 11 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Montag 4 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen die dritte Beratung des Ministergezetes.

Zahlbusch will ein beschleunigtes Urteil

Die Haftkautions gekündigt

Berlin, 15. März. Wie bereits gemeldet, ist der wegen einer Feme-tat und wegen Beihilfe zu zwei anderen Taten dieser Art angeklagte frühere Unteroffizier der Schwarzen Reichswehr, Zahlbusch, vor geraumer Zeit aus der Untersuchungshaft entlassen worden, nachdem für ihn eine ausreichende Kautions gestellt worden war. Außerdem war durch den Verteidiger angeregt worden, die Frage zu prüfen, ob die Strafstaten Zahlbuschs als unter die Amnestie fallend betrachtet werden könnten.

In Anbetracht der erneuten Verschlebung der Amnestie durch Verweisung an den Ausschuh hat Zahlbusch sehr Antrag auf Abtrennung von der Verhandlung seines fest einem Jahre schwebenden Prozesses gestellt. Er begründet diesen Wunsch damit, daß seine Familie seit seiner Verhaftung in Amerika ohne Einkommen geblieben ist, und daß eine weitere Dinauszögerung der Entscheidung seine Angehörigen vor schwerwiegende Entschlüsse stellen würde. Im Hinblick auf die für Tatsachen vorgeschriebene Beschleunigung hat der Verteidiger die von ihm persönlich gekaufte Haftkautions gekündigt. Dadurch ist Zahlbusch gewarnt, sich, falls das Gericht es nicht anders bestimmt, am 8. April 1930 zur Untersuchungshaft zu stellen.

Die Amer Verhaftungen stehen allein

Berlin, 15. März. Von Seiten des Reichswehrministeriums wird erklärt, daß die Rettungsmeldungen, wonach in der Amer Reichswehrangelegenheit weitere Verhaftungen aktiver Offiziere vorgenommen worden wären, unzutreffend seien. Ueber die gestern erfolgten Verhaftungen hinaus sind weitere nicht vorgenommen worden.